

Volkstimme

Einzelpreis 30 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Bismarck & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 2. — Fernsprechnummer 1111. Für Inserate 1921, für die Redaktion 1794, für den Verlag u. die Druckerei 961. Postzeitungsliste L. Nr. 17, Seite 17.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschließlich Postung 18.00 Mk., monatlich 6.00 Mk. Beim Abholen vom Verlag und bei den Ausgabestellen vierteljährlich 17.10 Mk., monatlich 5.70 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 18.90 Mk., monatlich 6.30 Mk. ohne Postgebühr. Einzelne Nummern 30 Pf. — Anzeigengebühr: die 8spaltige Normalzeile 1.00 Mk., im Reklametext 3.50 Mk., Vereinskalender Seite 50 Pf. Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postkontonummer: Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 144.

Magdeburg, Donnerstag den 23. Juni 1921.

32. Jahrgang.

Ein Schurkenreich.

Ueber den Sturm auf das Berliner Gewerkschaftshaus haben wir unsere Leser bereits unterrichtet. Von einem Berliner Parteigenossen wird uns zu diesem kommunistischen Schurkenreich geschrieben:

Zu dem Furchtbarsten, was die Verwilderung der deutschen Arbeiterbewegung hervorgebracht hat, gehören die Szenen, die sich am letzten Montag im Berliner Gewerkschaftshaus abspielten und ihre Behandlung durch das kommunistische Zentralorgan, die „Rote Fahne“. Seit Wochen sind die Kommunisten dabei, die Arbeitslosen planmäßig

gegen die Gewerkschaften aufzupuffen.

Schon in der vorigen Woche hatten sie den Erfolg zu verzeichnen, daß von ihnen aufgehetzte unorganisierte junge Leute gewalttätig in das Berliner Gewerkschaftshaus eindrangen, den Genossen Kroll mit Gewalt aus seinem Bureau herauszschleppten und mit wüsten Drohungen, wie „Schmeißt das Maß ins Wasser!“ — des unmittelbar vor dem Hause fließenden Landwehrkanals — traktierten. Mehrfach wurde der Vorsitzende der Berliner Gewerkschaftskommission, der Unabhängige Sabath, behandelt. Er wurde aus seinem Bureau auf dem Stuhl, auf dem er saß, hinausgetragen, zu sprechen gezwungen und mit den wütesten Drohungen überhäuft. Kroll und Sabath sind beide Männer an oder über die Sechzig mit weißen Haaren, die ihr Leben lang nichts als den Dienst in der Arbeiterbewegung gekannt haben.

Für den letzten Montag war ein

neuer Angriff auf das Gewerkschaftshaus

angekündigt. Ungeachtet aller Warnungen unterließ es die Gewerkschaftsangehörigen es, irgend etwas zu ihrem Schutze zutun. Dieses Vertrauen in den guten Geist der Kommunisten hat sich schlimm an ihnen gerächt. Wieder drangen von Kommunisten geführte Horden in das Haus, richteten durch Zertrümmerung von Fensterscheiben und andern Gegenständen schweren Schaden an, griffen einige Angestellte tödlich an, plünderten sie aus und fielen schließlich über den alten Sabath her, der so übel zugerichtet wurde, daß er mit einer Kopfverletzung und einer leichten Gehirnerschütterung

vom Schauplatz getragen wurde.

Jetzt ordnete der Polizeipräsident, der von den Vorgängen in Kenntnis gesetzt worden war, die Räumung des Hauses durch Schutzleute an. Sieben Mohlinge wurden verhaftet, die andern ergriffen unter Hinterlassung von Gummiknüppeln, Eisenstangen und Handgranaten die Flucht.

Damit war es aber noch nicht genug der Schande. Am Morgen darauf veröffentlichte die „Rote Fahne“ eine Darstellung des Vorganges, deren freche Verlogenheit für einen Menschen mit normalem sittlichem Empfinden geradezu unfaßbar ist. Das Kommunistenblatt erzählt, 12 000 Arbeitslose hätten vor dem Gewerkschaftshaus „friedlich demonstriert“, sie seien aber von den Gewerkschaftsangehörigen mit Gummiknüppeln, Eisenstangen und Schusswaffen provoziert worden. Sabath selbst hätte gegen die „mehreren Arbeitslosen“ eine Eisenstange geschwungen, habe es sich also selber zuzuschreiben, daß er von mehreren Schlägen getroffen worden sei.

Also ein paar Duzend Gewerkschaftsangehörige, die in ihren Bureaus sitzen, veranstalteten einen Ueberfall auf 12 000 Arbeitslose und haben es sich selber zuzuschreiben, wenn der eine oder der andre von ihnen halb tot geschlagen worden ist.

Die Höhe des schlagenden Verbrechertums, das über den alten Sabath herfiel, wird noch von der

Höhe des schreibenden Verbrechertums,

von der „Roten Fahne“, übertroffen. So schreut es, man versteht es am Ende, daß ein paar aufgehetzte, vielleicht durch Not und Entbehrung nervenranke Menschen sich eines so ekelhaften Kaufzetteltes schuldig machen. Von ihnen konnte Sabath vielleicht noch sagen „heiliger Einfalt!“, wie Gus von dem Weibe sagte, das Holz zu seinem Scheiterhaufen herbeitrug. Für den schreibenden Höheitsverbrecher der „Roten Fahne“, der die Frechheit besitzt, den ganz ungeschuldigerten halb tot geschlagenen alten Mann noch als den Schuldigen hinzustellen, gibt es eine solche Entschuldigung nicht mehr.

Daß die Kommunisten jetzt den „Befreiungskampf des Proletariats“ dadurch führen, daß sie das Eigentum der organisierten Arbeiterkraft zertrümmern und blutige Ergüsse

gegen Vertrauensmänner anstiften und nachträglich rechtfertigen, wirkt wie ein Symbol. Damit ist der alleräußerste Tiefstand dieser geistig bankrotten und

sittlich verlumpten Bewegung

erreicht. Fanatismus reicht als Entschuldigungsgrund nicht aus, um ein so beispiellos schimpfliches Verhalten zu rechtfertigen.

Was folgt daraus? Die Notwendigkeit der Einheit der Arbeiterbewegung! Die wirkliche Arbeiterbewegung, mag sie unter welcher Fraktionsfahne des Sozialismus immer segeln, muß fest zusammenstehen, um mit dem gemeinen Verbrechertum, das sich unter falscher Flagge einzuschmuggeln versucht, fertig zu werden. Diesmal war es ein Unabhängiger, der das Opfer geworden ist, morgen wird es ein Sozialdemokrat sein, übermorgen vielleicht sogar ein Rechtskommunist Revüischer Richtung; denn, daß es auch unter den Kommunisten Leute gibt, die angesichts des Treibens ihrer sogenannten Gesinnungsgenossen der Ekel schüttelt, wollen wir noch nicht bezweifeln. Auch unter den Angestellten, die im Berliner Gewerkschaftshaus tätig sind, gibt es Kommunisten. Sie sind, genau wie die andern, beschimpft worden und waren genau wie die andern in Gefahr, toteschlagen zu werden. Sie sind genau wie die andern von Entrüstung über das Erlebte und über die verbrecherische Verlogenheit der „Roten Fahne“ erfüllt. Alle anständigen Arbeiter müssen einig sein in dem festen Entschluß, die Bewegung von jedem Verbrechertum zu reinigen.

Alle anständigen Arbeiter müssen auch einsehen, daß der Berliner Vorgang, dem andre ähnliche in andern Städten ja vorausgegangen sind, nur die Ernte dessen darstellt, was die Unabhängigen und erst nach ihnen die Kommunisten jahrelang gefät haben. Jahrelang ist über die „Gewerkschaftslogen“, die „Sozialverräter“, die „Bremser“ landauf landab geschimpft worden. Systematisch sind die Gewerkschaften zerlegt worden durch die unabhängigen und kommunistischen Zellen. Systematisch ist Mißtrauen gefät, ist das feste organisatorische Gefüge gelockert und zerbrockelt worden. Wo immer es möglich war, sind alte Gewerkschaftsbeamte — vielfach auch mit weißen Haaren — mit Stockprügel auf den Wagen bedacht und aus ihren Nestern gestoßen worden, weil sie ihrer sozialdemokratischen Ueberzeugung nicht untreu werden wollten. Mit Prügel, die genau so schmerzen wie die Hiebe, die jetzt von den Berliner Kommunisten ausgeübt worden sind.

Das alles

unter unabhängiger Führung,

auf unabhängiges Betreiben, unter unabhängiger Billigung! Nunmehr sind nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch Unabhängige die Opfer dieser Verhetzung, dieser systematischen Verwilderung geworden und nunmehr beklagen sich die Unabhängigen über die Entartung der kommunistischen Bewegung. Sie wachen sich mit der nachträglichen Erkenntnis nicht rein von der erdrückenden Schuld, die sie gegen das Fortschreiten der freien Arbeiterbewegung auf sich geladen haben.

Alle anständigen Arbeiter sollten daher die beiden Lager meiden: das kommunistische wie das unabhängige. Ihre Verfehlungen und Sünden jähren zum Himmel; ihre Tücke und Gewalttaten haben die Arbeiterkraft um Jahre zurückgeworfen und uns eine Errungenschaft der Revolution nach der andern geraubt. Der Berliner Schurkenreich müßte daher endlich das Signal geben, daß der ständigen Verwüstung und Zertrümmerung Einhalt getan wird und die organisierten Arbeiter zurückkehren zu der alten Disziplin und Geschlossenheit der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie. —

Die Mietsteuer.

Vom Reichstag wurde in seiner Dienstagssitzung ein „Gesetz über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues“, kurz das Mietsteuergesetz genannt, in der ersten Lesung angenommen, worüber unsere Leser Näheres im Reichstagsbericht finden.

Der erste Entwurf zu diesem Gesetz ist schon ziemlich alt. Von unserm Genossen Sollmann, dem sozialdemokratischen Vertreter im Wohnungsausschuß, wird uns dazu geschrieben:

Mit diesem Gesetz beschäftigt sich der Wohnungsausschuß seit über einem Jahre. Diese lange Dauer der Beratungen lag in den Schwierigkeiten der Veranlagung und der Erhebung dieser Steuer, in dauernden Meinungsverschiedenheiten zwischen Reichsregierung und den Ländern über die Gestaltung der Abgabe, vor allem aber in dem zähen Bemühen unsrer Partei, die leistungsfähigen Schichten in Stadt und Land

unter die Steuer zu zwingen

und die Zvergeinkommen möglichst von ihr zu entlasten. Auf der andern Seite stand der Wille der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und einzelner Abgeordneten der Mittelparteien, Industrie, Handel und Gewerbe, am meisten aber die Landwirtschaft zu schonen, indem man die der Erzeugung und Verwaltung dienenden Gebäude von der Abgabe befreien wollte. Um so schärfer hätten natürlich die Mieter herangezogen werden müssen. An dem sehr entschiedenen Widerstand der Sozialdemokratie scheiterte im Ausschuß dieses Bestreben, das

die Dachstube der Heimarbeiterin besteuert,

das Privatkontor des Milliardärs aber steuerfrei gelassen haben würde.

Wen trifft nun und was bezweckt die Mietsteuer? Sie wird von den Nutzungsberechtigten aller Gebäude erhoben, die vor dem 1. Juli 1918, also im wesentlichen noch zu normalen Wappreisen, fertiggestellt sind. Demnach müssen nicht nur die Mieter die Abgabe entrichten, sondern auch die Hausbesitzer für die von ihnen zur Benutzung in Anspruch genommenen Gebäudeteile; aber auch für Fabrikgebäude, Kontorräume, Werkstätten, Lagerhäuser, Scheunen, Ställe usw. muß die Steuer bezahlt werden. Befreit sind u. a. die für öffentliche Zwecke bestimmten Gebäude des Reiches, der Länder und der Gemeinden, die Armen-, Waisen- und Krankenhäuser, die Kirchen, aber auch solche Gebäude, die den Zwecken eines die Volkswohlfahrt fördernden Unternehmens auf gemeinnütziger Grundlage dienen. Dazu gehören auch Volkshäuser, Jugendheime, Herbergen, Landheime usw., wenn sie gemeinnützig betrieben werden.

Nicht das Reich, sondern die Länder erheben die Steuer. Es steht ihnen frei, ob sie der Steuer die Form einer Abgabe vom Grundvermögen oder einer unmittelbaren Mietsteuer

geben wollen. Im ersten Falle wird die Steuer von den Besitzern der Gebäude erhoben, die den Betrag dann auf die Nutzungsberechtigten (Mieter, Pächter — aber auch sich selbst) umlegen. Im zweiten Falle wird die Steuer unmittelbar von den Nutzungsberechtigten der Gebäude eingezogen. Sie beträgt dann 5 v. H. des Nutzungswerts. Dazu müssen die Gemeinden 5 v. H. Zuschläge erheben. Mit Genehmigung der obersten Landesbehörde kann der Gemeindezuschlag bis auf 10 v. H. erhöht werden. Wichtig ist, daß der Abgabe der Worfriegswert (1. Juli 1914) der Gebäude oder Gebäudeteile zugrunde gelegt wird. Kleinrentnern und solchen Steuerpflichtigen, die durch Krankheit oder Erwerbslosigkeit

in ihrem Einkommen stark geschmälert

werden, wird die Steuer auf Antrag zurückerstattet.

Zwei rohe Beispiele für die Wirkung der Steuer:

1. Ein Land bringt die Abgabe durch Grundsteuer auf, wobei nur bebauten Grundstücke getroffen werden dürfen. Die auf ein Haus in bestimmtem Wert entfallende neue Steuer beträgt 200 Mark jährlich. Der Besitzer bewohnt die Hälfte des Hauses, zwei Mieter je ein Viertel. In diesem Falle werden die 200 Mark Abgabe vom Besitzer erhoben, der 100 Mark aus eigener Tasche zahlen muß und je 50 Mark von den beiden Mietern einziehen kann. Die Gemeindezuschläge regeln sich entsprechend.

2. Ein Land erhebt die eigentliche Mietsteuer. Die Steuerbehörde stellt den Mietwert der Gebäude und Gebäudeteile am 1. Juli 1914 fest. Ein Haus hat vier Wohnungen. Die vom Hausbesitzer benutzten Räume hatten am 1. Juli 1914 einen Mietwert von 900 Mark jährlich, die von den drei Mietern benutzten Räume von je 500 Mark jährlich. In diesem Fall erhebt das Land von dem Vermieter 45 Mark, von den drei Mietern je 25 Mark jährlich (5 v. H.). Durch den Gemeindezuschlag wird die Steuer verdoppelt

Nehmen wir an, daß die Arbeiter, über das ganze Land genommen, am 1. Juli 1914 durchschnittlich 30 bis

40 Mark monatlich Miete zahlen, so haben sie also, gleich nach welcher Form die Abgabe erhoben wird, mit einer Mietsteuer von 3 bis 4 Mark monatlich zu rechnen.

Diese Abgabe ist unangenehm wie jede Steuer. Was uns aber mit ihr veröhnen kann, ist dies: Die paar Milliarden, die sie bringt, kommen unmittelbar der Masse der Kleinen Mieter zugute, denn die Einkünfte dürfen lediglich zur Verzinsung und Tilgung der für Kleinerwohnungen (aus öffentlichen Mitteln) hergegebenen Beträge verwendet werden. Ferner dürfen mit dieser Abgabe Wohnungsbauten nur gefördert werden.

- 1. wenn die Kosten der Bauausführung einschließlich der Baustoffe behördlich genau kontrolliert werden;
2. wenn die Bauten dauernd in öffentlichem oder gemeinnützigem Eigentum bleiben, oder doch verhindert wird, daß aus der Vermietung oder dem Verkauf ein übermäßiger Gewinn erzielt wird.

Mit einer noch schärferen Fassung dieser Sicherungen sind wir leider gegen die gesamten bürgerlichen Parteien nicht durchgedrungen.

Die Abgabe wird einstweilen in den Jahren 1921 bis 1924 erhoben werden. Die Ertragnisse werden aber schon in den nächsten 2 Jahren verbaut sein.

Sie schaffen, hochgerechnet, 50 000 Wohnungen, während der Bedarf vielleicht 1 Million Wohnungen ist. Es ist also nicht viel, was erreicht wird. Immerhin sind 50 000 Wohnungen, an deren Bau hunderttausende Bauarbeiter Beschäftigung finden, doch viel mehr als nichts. Diejenigen, die die Vorlage grundsätzlich ablehnen, konnten außer dem Hinweis auf die Notendrucke keinen Weg für die sofortige Beschaffung von Mitteln nennen.

Wir sehen in diesem kümmerlichen Geiz noch nicht einmal den Anfang der Lösung des unendlich schwierigen und verwickelten Wohnungsbauproblems. Auf unser Drängen wird schleunigst eine Unterkommission des Wohnungsausschusses Vorschläge zur umfassenden Behebung der Wohnungsnot ausarbeiten. Auch eine aus Gewerkschaftlern und aus Reichstagsabgeordneten der S. P. D. und der U. S. P. D. gebildete Kommission wird demnächst mit weit ausgreifenden Plänen vor die Öffentlichkeit treten.

Auf der Steuerwacht.

Wer zählt die 50 Milliarden und die Summen, die darüber hinaus zur Polanzierung des Reichshaushalts und Führung der Staatsgeschäfte notwendig sind? Das ist die große Frage, um deren Beantwortung im Laufe der nächsten Zeit im Parlament und seinen Ausschüssen gerungen wird. Das Kapital, die Besitzenden aller Art haben schon längst ihre Kruppen mobil gemacht, um alle Angriffe auf ihren Geldbeutel abzuwehren, die Hauptlasten auf die Schultern der breiten Masse zu legen. Das Ziel der Sozialdemokraten ist gerade das umgekehrte Verfahren: erst muß der Besitz bis an die Grenze des Möglichen belastet sein, ehe neue Lasten den Massen des Volkes aufgebürdet werden können. Wir versprechen uns nicht der Einsicht, daß angefaßt der ungeheuerlichen finanziellen Anforderungen, die an das Reich gestellt werden, die zur Erfüllung des Londoner Ultimatus und zur Befriedigung der sonstigen Staatsbedürfnisse notwendigen Summen durch direkte Steuern allein nicht aufgebracht werden können, wir sind sogar der Meinung, daß nicht einmal die Ausbeute aller nur erdenklichen indirekten Steuern dazu ausreicht. Wir haben bereits einmal auseinandergelegt, wie wir uns die Aufbringung der Mittel durch Eingriffe in die Vermögen denken, und Reichskanzler Wirth hat

keinen Zweifel daran gelassen, daß Eingriffe in dieser Weise erfolgen müssen.

Die kapitalistische Presse mit wenigen Ausnahmen läuft Sturm gegen solche Pläne, und hinter den Kulissen ist man eifrig tätig, um zunächst einmal Zeit zu gewinnen, die indirekten Massensteuern zuerst in Vorlage bringen zu lassen.

Diese Methode war für die Güter des Kapitals bereits einmal erfolgreich. Die Nationalversammlung in Weimar ließ sich seinerseits auf diese Weise überbieten, mit dem Erfolg, daß heute wohl alle Massensteuern restlos eingetrieben werden, während von den beschlossenen Besitzsteuern manche bis heute noch keinen Pfennig für den Reichssäckel gebracht haben.

Die Sozialdemokratie steht auf der Steuermacht. Sie sorgt dafür, daß diesmal ein neuer Steuerbetrag den Besitzenden nicht gelangt. Es wird ein harter Kampf werden, für manche Parteien ein Kampf auf Leben und Tod.

Im Steuerauschuß des Reichstags ist es zum ersten Zusammenstoß gekommen. Dort sollte die neue Steuer beraten werden. Als Vertreter der Sozialdemokraten erklärte aber Genosse Reil, daß die Sozialdemokraten an den Beratungen sich nicht beteiligen werden, solange nicht ein Gesamtplan für die neuen Steuern vorgelegt sei. Darob große Entrüstung bei den bürgerlichen Parteien, und ausgerechnet der Deutschnationale Helfferich, der finanzieller Vererber Deutschlands aus dem Weltkrieg, machte den Sozialdemokraten den Vorwurf, sie wollten die Erfüllung des Ultimatus sabotieren.

Trotz allem Zureden: die Sozialdemokraten blieben fest. Die bürgerlichen Parteien dürften bereits bei dieser Gelegenheit begriffen haben, daß sie auf unerträglichem Widerstand der Sozialdemokraten stoßen, wenn in der Steuerfrage nicht offenes Spiel getrieben wird.

Wir wollen wissen, in welchem Umfang die Besitzenden zu neuen Steuern herangezogen werden können und herangezogen werden, wir wollen wissen, wie die Regierung sich im einzelnen die Besitzsteuer denkt, wir wollen wissen, wie groß die Ertragnisse sind, die voraussichtlich durch Besitzsteuern aufgebracht werden können, weil danach erst bemessen werden kann, in welchem Umfang indirekte Steuern notwendig sind.

Mit Fleißarbeit und Bearbeitung von einzelnen Steuern ist nichts getan: Pflanzarbeit darf diesmal nicht geleistet werden. Es ist eine große Fortschritt der öffentlichen Meinung, wenn die bürgerliche Presse behauptet, der Sozialdemokratie käme es nur auf die agitatorische Wirkung an. Das Gegenteil ist der Fall: die bürgerlichen Parteien wagen es nicht, ihren Wählern zu sagen, daß diesmal auch der Besitz zahlen muß. Sie wollen zunächst die riesigen Summen an indirekten Steuern erpressen, um möglichst wenig den Besitz zu belasten. Die Sozialdemokratie hat während des Krieges, nach dem Kriege und erst recht nach der Annahme des Ultimatus ihren Anhängern gesagt: große, schier unerträgliche Lasten müssen uns allen auferlegt werden. Was wir aber verlangen, das ist Gerechtigkeit in der Steuerverteilung, und die bedingt zunächst die schärfste Heranziehung des Besitzes aller Art.

Einen andern Weg kann die Sozialdemokratie nicht gehen. Wenn die bürgerlichen Parteien des heutigen Reichstags mit der Sozialdemokratie diesen Weg nicht beschreiten wollen, wenn sie von neuem versuchen, den Kriegsgewinnlern, den Schiebern und Wucherern die Beute zu sichern, wenn sie jeden Pfennig Brot verschwenden, während der Reichs schlemmt und prahlt, wie etwa Prinz Friedrich Leopold von Preußen, der, wie unsere Leser an anderer Stelle erfahren, 20 Millionen Mark in 2 Jahren durchgebracht hat, dann mag der Reichstag zum Teufel gehen, dann soll in Neuwahlen das deutsche Volk entscheiden, wer die 50 Milliarden und mehr noch bezahlen soll.

Stegerwalds Beamtenpolitik.

Aus sozialdemokratischen Abgeordnetentreifen wird uns geschrieben:

Bei Beratung des Beamtendienstleistungsgesetzes in der Preussischen Landesversammlung wurde hinsichtlich der Ortsklasseneinteilung folgender Beschluß gefaßt:

Die Staatsregierung möge in Verbindung mit der Reichsregierung dahin wirken, daß in der in Aussicht gestellten neuen Ortsklasseneinteilung nur drei Ortsklassen vorgesehen werden. Bei Festlegung dieser Ortsklassen sollen die Lohn- und Gehaltsverhältnisse, nicht die Einwohnerzahl des Ortes maßgebend sein. Zusammenhängende Wirtschaftsgebiete sollen einheitlich behandelt werden. Ferner sollen geeignete Maßnahmen getroffen werden, daß einem Beamten, der in einem Orte wohnt, der in höherer Ortsklasse steht als sein Dienstort, zur Vermeidung von Härten ein Ausgleich gewährt wird.

Bei der vorläufigen Regelung der Ortsklasseneinteilung im Reich ist dieser Beschluß nicht beachtet worden. Deshalb stellte unsere Fraktion folgende Kleine Anfrage:

Was hat das Staatsministerium zur Durchführung des oben angegebenen Beschlusses der Preussischen Landesversammlung getan? Ist das Staatsministerium insbesondere bereit, auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß bei der endgültigen Festlegung der Ortsklassen der vorbenannte Beschluß der Landesversammlung zur Durchführung gelangt?

Auf diese Kleine Anfrage antwortete die preussische Staatsregierung u. a. folgendes:

Bei den Verhandlungen über das neue Ortsklassenverzeichnis könne als vorläufiges Ergebnis festgestellt werden, daß die Teurungsunterschiede, wie sie die Statistik für das Jahr 1920 zeige, die absolute Differenzierung, welche die Ausbehnung der Ortsklassenabstufung auf die Teurungszulage mit sich bringe, rechtfertigen. Hiernach ergebe sich, daß die Spannungen in den Beamtengehältern notwendig seien und den wirklichen Teurungsverhältnissen gerecht würden. Dies aber bedeute eine Rechtfertigung für die Einteilung in fünf Ortsklassen. Eine Drittteilung der Ortsklassen würde eine außerordentliche Belastung der Reichs- und Staatsfinanzen mit sich bringen. Schließlich wird darauf hingewiesen, daß eine Änderung des bestehenden Fünfklassensystems nur durch eine Änderung der Besoldungsgesetze im Reich und in Preußen möglich sei, wodurch in die Reihen der Beamenschaft große Beunruhigung getragen werde. Hiernach erscheine eine Einwirkung auf die Reichsregierung, bei der endgültigen Regelung der Ortsklasseneinteilung höchstens drei Ortsklassen einzuführen, nicht angezeigt.

Nach dieser ablehnenden Antwort des Ministeriums Stegerwald brachte unsere Fraktion folgende Große Anfrage ein:

Bei Beratung des Beamtendienstleistungsgesetzes ist von der Landesversammlung beschlossen worden, bei der Neuordnung der Ortsklasseneinteilung höchstens drei Ortsklassen einzuführen.

In der Antwort auf die Kleine Anfrage Nr. 131 (Drucksache 333) hat die Preussische Staatsregierung erklärt, daß eine weitere Einwirkung auf die Reichsregierung, bei der endgültigen Regelung der Ortsklasseneinteilung höchstens drei Ortsklassen einzuführen, nicht angezeigt sei.

Diese Haltung der Preussischen Staatsregierung widerspricht dem angeführten Beschluß der Preussischen Landesversammlung.

Da die Beamten auf die Durchführung des angegebenen Beschlusses mit Sicherheit gerechnet hat, wird durch die Antwort der Regierung große Beunruhigung hervorgerufen werden.

Was gebietet die Staatsregierung nun zu tun, um den Beschluß der Preussischen Landesversammlung durchzuführen und die berechtigten Wünsche der Beamten zu erfüllen?

Aus der Antwort, die die preussische Staatsregierung auf diese Anfrage erteilen wird, wird die Beamenschaft erfahren können, wie weit ihre berechtigten Interessen durch das

Kleines Feuilleton.

Ludwig Richter und der Harz.

Die Höhen und Täler, die Wälder und Felser des Harz sind in diesen Tagen der Ferienreise das Ziel vieler, die dort Erholung und reine Naturgenüsse suchen. Die Liebe zu diesem schönen deutschen Gebirge ist noch verhältnismäßig jung. Als Goethe vor etwa 150 Jahren seine erste Harzreise unternahm, da begriff man es nicht, wie jemand zu seinem Vergnügen, ohne zwingenden Grund diese unwirtlichen Gegenden aufsuchen konnte. Erst ganz allmählich sind die Schönheiten des Harzes dem deutschen Volke durch seine Künstler und Dichter nahe gebracht worden, und einer der ersten Schreiber der Harzgeschichte war Ludwig Richter. An diese heute ganz vergessene Zeit des Dresdener Meisters werden wir erinnert durch eine Veröffentlichung des Neudorfer Verlags G. Schwandt, der im Rahmen seiner „Harz-Gedenkbücher“ „Ludwig Richter aus dem Harz“ von Ludwig Richter veröffentlicht. Es handelt sich dabei um einige typische Jugendarbeiten unjenseits des Elbens, die früher als seine berühmten Holztafeln entstanden sind.

In den Jahren 1836 bis 38 reiste Richter für den Harz behaltend den Harz des Harzes zu viel Ansehen erregenden Sammelreisen. Das malerische und romantische Deutschland eine Anzahl Entwürfe, deren Originalplatten nach langen mühsamen Fortschritten endlich gemacht werden und nun für die Herausgabe der Bilder verwendet werden konnten. Die Bezeichnung, die diese Ansichten des Harz für das Lebenswerk Richters besitzen, bezeichnet Richter-Richter in seinem Schleitmer. Richter wollte als eine Art „Rienas redens“ auftreten, d. h. in der Endgültigkeit der Niederlage den großen Geographen und Zeichner des 17. Jahrhunderts folgen. Doch sollte alles künstlerische Geistes, besonders malerisch, historisch merkwürdige Gegenden herangezogen, vor allem aber das Volkleben in seiner Eigenartigkeit in festhalten. Seiten und Seiten für heller Gelb gezeichnet und mit dem Landschaftlichen verbunden werden, ist es. Der ganze künstlerische Gehalt ging aus einem persönlichen Gefühl hervor, wie es sich in den Gebirgslandschaften und Bergschichten ausdrückt, denn sie die die Geschichte des Harzes, des Landes Schichten und des Volkes Leben und Sitt, Kunst und Ethik befragen.

In diesen Geistes hat der Meister seine Ansichten vom Harz, von Freiheit und von Niedrigkeit für das Sammelwerk gezeichnet, und diese Bilder sind die Brücke zu seinem späteren Romantismus für den „Harz“ geworden. Es hat seiner Zeit noch Harz, diese Gedenkbücher hat für uns gebracht, da sie in in erster Linie Ludwig Richter bilden helfen. Gerade die Richter, die Richter, damals noch ein junger Wanderkünstler, für dessen Wanderleben gezeichnete sind für uns wertvoll, denn seiner Erinnerung wie seinen Schöpfungen sind so viele Harzgenossen, daß gar vieles von seinen früheren Darstellungen aus dem deutschen Volksleben dem Harz genügt.

Doch auch als kulturgeschichtliche Zeugnisse sind diese kleinen Entwürfe von hohem Wert, denn sie zeigen, was man vor einem

Jahrhundert etwa am Harz bewunderte. Die Gegend um Goslar, die uns heute so anmutig erscheint, wurde von den Reiseschreibern der damaligen Zeit noch nicht gewürdigt: „im Winkel eines nordischen Gebirges“ gelegen, von kalten Bergen umgeben, nennt ein damaliger Reiseschreiber die Kaiserstadt Goslar. Richter hat in seinem Wille den Charakter der nördlichen Harzberge schon herausgearbeitet und der Landschaft eine gewisse heitere Anmut verliehen, die einen Fortschritt in der Entwicklung des Naturgenusses bezeugt. Vor allem möchte man natürlich „romantische“ Wirkungen in der Natur auf. Deshalb wird in den Harzer Landschaften die Fülle der alten Klänge hervorgehoben, während der in der Geschichte des Harzer Bergbaues herkömmliche Kammelsberg nur als Hintergrund und Rahmen für diese phantastische Städte dient. Vom romantischen Geiste durchdrungen sind auch die Bilder der Harzgenossen, um deren verfallenes Gemäuer Geschichte und Sage den immergrünen Efeu der Erinnerung ranken, des Schloßes Bernau, das in seiner alten malerischen Gestalt verschollen ist, und des Jägerheims, hinter dem dunkel aufstrebendes Gemäuer die Bestimmung erhöhen muß.

Endlich zeigt uns noch Richter in dem „Waldhaus“ das damals höchst gelegene Gasthaus in deutschen Landen. Als Goethe den Walden besah, fand er dem Geiste nur das sog. Wollenhütchen, und erst 1809 wurde ein majestätischer Bau ausgeführt. Kurz bevor unser Künstler sein Blatt schloß, hatte eine Feuersbrunst das jüdische Nebenhaus zerstört, und es war ein freistehender Turm entstanden, der nun zum erstenmal dem größeren Publikum im Bild gezeigt wurde. Die jüdischen Arbeiter Richters haben viel dazu beigetragen, daß der Harz zum Liebling der deutschen Wanderer und Reisenden wurde.

Das Harzer Bergtheater in Laue, das am 9. Juli eröffnet wird, führt in diesem Jahre unter Leitung von Direktor Albert Richter in Halle. Künstlerischer Beirat ist der Besitzer des Theaters, Dr. Ernst Richter. Zur Aufführung gelangt „Dietrich von Bern“ von Eduard König und Karl Scherer von Hertwig.

Eine nordische Mode in Tibet. Eine nordische Mode, die die geistigen Beziehungen zwischen Norddeutschland und den nördlichen Ländern jetzt knüpfen soll, wird Anfang September im Tibet stattfinden. Die Veranstaltung soll in erster Linie wirtschaftliche Bedeutung haben und den durch den Krieg unterbrochenen Zusammenhang zwischen Tibet und dem skandinavischen Gebiet wiederherstellen. Die Veranstaltung soll in erster Linie wirtschaftliche Bedeutung haben und den durch den Krieg unterbrochenen Zusammenhang zwischen Tibet und dem skandinavischen Gebiet wiederherstellen. Die Veranstaltung soll in erster Linie wirtschaftliche Bedeutung haben und den durch den Krieg unterbrochenen Zusammenhang zwischen Tibet und dem skandinavischen Gebiet wiederherstellen.

Das Deutsche biographische Jahrbuch. Die deutschen Mandanten der Wissenschaften haben kürzlich auf ihrer Wiener Tagung auf Anfrage der Münchner Historischen Kommission beschlossen, das Biographische Jahrbuch, das Anton Wetzelheim 1897 begründete, als akademisches Unternehmen weiterzuführen. Als Herausgeber des biographischen Teiles ist jetzt Dr. Philipp Furtwängler gewonnen worden; Regierungsrat Dr. Saff, der Oberbibliothekar des Auswärtigen Amtes, übernimmt wie früher die Leitung der Redaktionen. Zuerst soll ein Sammelband über die Jahre 1914 bis 1920 ausgegeben werden.

„Not der deutschen Wissenschaft“. Der 2. Band von Büblers „Alte und neue Wissenschaft“ liegt im Manuskript vor. Es handelt sich um das Lebenswerk eines gründlichen Forschers und Gelehrten, des vor anderthalb Jahren verstorbenen Professors der Forstwirtschaft an der Universität Tübingen Anton Bübler. Der Preis des Buches kommt auf 90 Mark zu stehen. Um das Risiko des Verlags zu mindern, sind Garantiezeichnungen im Betrag von etwa 40 000 Mark erforderlich. Der badische Landforstmeister Gretsch in Karlsruhe hat an die deutschen Waldbesitzerverbände, die staatlichen Forstverwaltungen und die Vertreter der Forstwirtschaft einen eindringlichen Aufruf zur Aufbringung der Mittel erlassen. Er vertritt darin die Auffassung, daß die deutschen Waldbesitzer bei gutem Willen sehr wohl in der Lage sind, alsbald die Drucklegung des Werkes zu ermöglichen.

Edisons Bildungsfragen. Aus Neuhof wird der „Frankf. Zig.“ berichtet: Als Edison kürzlich anlässlich seines 74. Geburtstags nach landesüblicher Weise interviewt wurde, meinte er u. a. zu einem der Ausfrager, er habe eine vorzügliche Methode gefunden, geeignete Leute für die leitenden Stellen in seinen großen Anlagen zu entdecken. Er prüfe die Applikanten nämlich auf ihre allgemeine Bildung und stelle diejenigen an, welche einen starken Prozentsatz der vorgelegten Fragen beantworten könnten. Sehr enttäuscht sei er darüber, daß junge Männer mit guten Abgangszertifikaten von höheren Lehranstalten (Colleges usw.) so wenig wußten außer gerade von dem Fach, welchem sie sich widmen wollten. Der berühmte Erfinder hat seither mehrere Frage-Listen veröffentlicht, die er aufgestellt hat, um sich über den Grad der Allgemeinbildung klar zu werden, den die Anstellungssuchenden haben. Einige dieser Fragen sind: Was ist die Ursache des Wechsel der Jahreszeiten? — Wo wurde Napoleon geboren? — Wer war Soliman? — Wo wurde vor dem Weltkrieg der meiste Tee verbraucht? — Welches ist der größte Inland-See, der keinen Ausfluß hat? — Wer komponierte den „Crousbauer“? — Wie schwer ist die Luft in einem Zimmer, welches folgende Dimensionen hat: 20, 20 und 10 Fuß? Edison sagt, er habe, seitdem er diese Methode, die Fragen von dem Weizen zu sondern, befolgt, oft junge Männer in leitenden Positionen angestellt und gefunden, daß sie sich bewährten. Auf Einwurfe der Presse, namentlich der in der „Proving“, er fordere zuviel Bücherwissen, erwiderte der Erfinder, daß sei eben nicht der Fall. Er wolle nur wissen, ob der junge Mensch in der Schule nicht seine Zeit verträufelt habe, und daß er außerdem mit offenen Augen durch das Leben gehe.

Kabinett Stegerwald vertreten werden. Auch hier wird sich zeigen, ob Herr Stegerwald den sozialen Notwendigkeiten folgt oder aber ob er sich vor den „realen Mächten“ beugt, von denen er — in Gestalt der reaktionären Parteien — bisher noch stets seine Politik hat bestimmen lassen.

Eine Kommission nach Oberschlesien.

Die Koalitionsparteien der Reichsregierung haben beschlossen, eine parlamentarische Kommission zum Studium der Verhältnisse nach Oberschlesien zu senden. Es wird von jeder Koalitionspartei ein Abgeordneter entsandt.

Um der Not der ober-schlesischen Bevölkerung etwas zu steuern, hat die preussische Regierung 100 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, die von einem Ausschuss an die Hilfsbedürftigen verteilt werden sollen. Es ist diese Summe bei den ungeheuren Schäden — die Oppolner Handelskammer spricht von 3 Milliarden Mark — nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die preussische Regierung hat jedoch nicht die Pflicht, Schäden, die unter der Verwaltung der Interalliierten Kommission entstanden sind, auf ihre Kasse zu nehmen. Die Schadenerfassung wird sicher noch eine sehr heikle werden.

Vorläufig ist jedoch an ihre Regelung noch nicht zu denken, denn die polnischen Insurgenten zeigen noch keine Lust, das Kriegsbeil zu begraben. Am Dienstag erst wieder haben polnische Abteilungen bei Wansowitz, südlich Rosenberg, die deutschen Linien angegriffen.

Im Industriegebiet wird die Lage von Tag zu Tag kritischer. Die Unterbindung der Transportmittel hat zur Ueberfüllung der Kohlenlager geführt. Verschiedentlich haben sich auf den Halde lagernde Staubkohlen entzündet, die Gefahr der Entstehung großer Holdebrände wächst.

Preffemelungen zufolge sollen die um Nauden liegenden Dörfer mit polnischen regulären Truppen belegt worden sein. Die Polen sollen dort und in Hybnitz die Jahrgänge 1888 bis 1902 gewaltsam eingiehn. In Lusafine und Kranowitz treiben polnische Banden ihr Unwesen.

In den letzten Tagen sind in Ratibor aus den Ortschaften rechts der Ober 500 neue Flüchtlinge eingetroffen. Infolge des dauernden Flüchtlingszustroms herrscht in Ratibor Lebensmittelmangel.

Zum Studium der Verhältnisse in den polnischen Gefangenenlagern hat sich am 18. Juni eine aus zwei Damen bestehende Abordnung des deutschen Roten Kreuzes in das von den Insurgenten erriehete Lager bei Neu-Berum begeben und den dort untergebrachten Gefangenen Wäsche, Decken und Bedarfsgegenstände gebracht. Die Abordnung konnte unter Führung eines polnischen Offiziers alle Lager bis auf das von Holzhausen besuchte, wo sie unter der Begründung, daß es sich um ein Strafgefangenenlager handle, nicht eingelassen wurde. Die Lage der Gefangenen wurde von den Damen als erträglich bezeichnet.

Einen erschütternden Hilferuf hat die Stadt Ratowitz an den Regierungspräsidenten in Oppeln, an das Auswärtige Amt in Berlin, an den Reichstag, an den Preussischen Landtag und an den deutschen Bevollmächtigten in Oppeln gerichtet. Es sind die Klagen, die ständig seit Wochen erhoben werden: ungeheuerliche Gewalttaten der Polen, Latenlosigkeit der französischen Truppen, Exzesse, Raub, Brand und Plünderung, und zum Schluß das Verlangen nach Hilfe.

In Polen selbst beginnt man allmählich einzusehen, welcher Schaden dem Ansehen Polens durch die Ausschreitungen in Oberschlesien zugefügt werden. Der sozialistische „Robotnik“ veröffentlicht einen Bericht des Abgeordneten Diamond über seine Konferenz mit der englischen Labour Party. Diamond schreibt unter anderem:

Der Schweiß trat mir auf die Stirn, als ich bemerkte, daß ich mich für die Sünden der Nationen, die in Polen zur Macht gelangt sind, verantwortlich fühlte. Ich habe in meinem Leben viele Prüfungen abgelegt, aber diese schien mir eine der schwierigsten. Ohne die Unwahrheit zu sagen: Es hält schwer, Sympathien für den polnischen Staat zu erwerben. Man mußte alle Kräfte des Intellektes anstrengen, um den eignen Glauben auf die Zuhörer zu übertragen. Es wurden mir viele Tatsachen von Hebergriffen und Gewalttaten gegenüber den Ukrainern und Juden, die Wirtschaft in den Grenzgebieten usw. vorgehalten. Oberst Wegwood, der bekannte Abgeordnete, apostrophierte mich am Schluß in folgender Weise: „Sagen Sie Ihrer Regierung und ihrer Volksgemeinschaft, daß sie auf die Sympathien Englands nicht rechnen dürfen, solange es in Polen keine Gerechtigkeit gibt, solange Judenverfolgungen andauern.“ Als ich erwidern wollte, hinderte er mich durch eine Handbewegung daran und fügte hinzu: „Sagen Sie nichts, ich spreche auf Grund eigener Informationen.“

Es sind aber nicht nur die Sünden Polens in Oberschlesien, die ihm alle Sympathien bei gestützten Menschen verzerren, sondern die aus dem gleichen Geiste der Annäherung und Herrschsucht, des elenden Chauvinismus und Nationalismus entspringende Bergewaldigung der Juden, der Ukrainer und der sonstigen kleinen Völker, die an Polen grenzen oder unter polnischer Herrschaft leben.

Das englische Botschaftsbureau meldet, daß von der Interalliierten Kommission ein Plan für die allmähliche Zurückziehung der Polen und Deutschen entworfen sei, über den noch verhandelt werde. Es ist in letzter Zeit lange und oft in Oberschlesien verhandelt worden, ohne daß ein praktisches Ergebnis erzielt worden wäre. Man wird also auch diesen Verhandlungen, falls sie stattfinden sollen, pessimistisch gegenübersehen müssen.

Am die Demokratisierung.

Im Hauptauschuss des Preussischen Landtags kam es am Dienstag zu einem Zusammenstoß zwischen dem Sozialisten Sebering und dem neuen preussischen Innenminister Dominicus. Zur Debatte stand die Demokratisierung der Verwaltung. Genosse Sebering wendete sich gegen den Abg. v. Campe (D. Sp.) und dessen Tätigkeit als Regierungspräsident in München. Es kam zu heftigen Zusammenstößen zwischen beiden Abgeordneten. Darauf polemisierte Sebering gegen Minister Dominicus. Er verlas einen Entwurf des demokratischen Regierungspräsidenten Postmann in Magdeburg vom 8. Mai 1921, der eine starke Gefinnungsprüfung darstellt und der beweist, daß der Minister die Revolution vergessen hat. Genosse Sebering sprach dann fort: Wir haben ein republikanisch-demokratisches

Staatswesen. Deshalb ist nicht allein die sachliche Vorbildung, sondern auch die politische Haltung der höheren Verwaltungsbeamten maßgebend. Die Berufung von Außenstehenden muß so lange fortgesetzt werden, bis die Arbeiter eine Vertretung im Staatsleben haben, die ihrer Zahl und ihrer Bedeutung entspricht. Deshalb haben mich die Worte des Ministers sehr überrascht, daß „im vorigen Jahre Mißgriffe vorgekommen“ sind, und daß es „so nicht mehr weitergeht“. Der Minister wird die heftigste Opposition bei allen seinen Amtshandlungen von der Sozialdemokratischen Partei finden. Auch unabhängig Sozialisten muß man zu Beamten machen. Um Schlüsse bezüglich Sebering die Maßnahmen in Oberschlesien.

Minister Dominicus erklärte, daß er den Staatskommissionar für die öffentliche Ordnung bald befehlen will. Die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Ostpreußen halte ich nicht für angebracht. In welchem Umfang die Befetzung der Stellen mit nichtvorgebildeten Beamten erfolgen könne, ist fraglich. Ich habe schon zwei sozialdemokratische Landräte ernannt. Es besteht Gefahr für den ordentlichen Gang der Verwaltungsgeschäfte. Eine große Anzahl von Professoren hat sich schon aus der Verwaltung gedrückt, weil sie keine Hoffnung haben, Landrat zu werden. Nur bereits bewährte Professoren dürfen die Stellen erhalten. Diesen Standpunkt teilt auch der sozialdemokratische Regierungspräsident Grüner aus Düsseldorf. Man will brauchen im Lande nicht Parteileute, sondern bewährte Verwaltungsbeamte. Mein Kommunistenverbot schließt sie nur aus leitenden Stellen aus. Gerade der Aufstand in Mitteldeutschland hat mich zu diesem Entschluß veranlaßt. Die Männer des Selbstschutzes in Oberschlesien verdienen Dank und Anerkennung. Abg. Raben (Zit.): Die Beamten dürfen nach der Signatur, nicht nach der Parteistellung ernannt werden. Abg. Berndt (Dem.) bezeichnet die Reform der inneren Verwaltung als die wichtigste Aufgabe der nächsten Zeit.

Annahme der Getreidemlage im Reichsrat.

Der Reichsrat hielt gestern abend eine öffentliche Sitzung ab. Gegen die Beschlässe des Reichstags zu dem Gesetz über die Getreidebewirtschaftung erhoben die Vertreter von Bayern, Braunschweig und Sachsen Widerspruch. Der sächsische Vertreter motivierte seinen Einspruch damit, daß Sachsen von Hause aus für Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft wäre und sich nach Befreiung der Umlage keinen Erfolg vor dem Gesetz verbürde. In der Abstimmung wurde der Einspruch mit 46 gegen 18 Stimmen abgelehnt, das Gesetz kann also demnächst in Kraft treten.

Der Reichsrat erledigte dann noch den Nachtragset des Postministeriums und der Reichsbank sowie den Nachtrag zum Eisenbahnetat für 1921. Durch den Nachtragset bei der Post steigt der Fehlbetrag im ordentlichen Etat auf 3 Milliarden und 189 Millionen, im außerordentlichen auf 1 Milliarde 425 Millionen. Im ordentlichen Etat des Eisenbahnetats ist ein Zuschuß von über 3 Milliarden und im außerordentlichen von 5 1/2 Milliarden erforderlich. Der Gesamtzuschuß beträgt daher 9 1/2 Milliarden. Die Lage des Eisenbahnetats ist also noch beunruhigend genug, zumal Zweifel laut geworden sind, ob der Etat auf der Einnahmeseite halten wird, was er verpflichtet. Die großen Mehrausgaben im außerordentlichen Etat sind von den Ausschüssen des Reichsrats vor allem deswegen bewilligt worden, weil damit der Arbeitslosigkeit gesteuert wird.

20 Millionen durchgebracht!

Die Hohenzollern sind nach den Reden und Artfeln unserer Monarchisten in größter Not, sie sind zur einfachsten Lebensführung gezwungen. In deutlichen nationalen Versammlungen werden Plänen hektoliterweise vergossen, wenn das Glend der Hohenzollern geschildert wird, denen die bösen Sozialdemokraten nicht einmal das saure ererbte Privatvermögen lassen wollen.

Die Niedertracht der Sozialdemokraten wird besonders am Beispiel des Prinzen Friedrich Leopold dargetan, den der sozialdemokratische Finanzminister Lüdemann sogar unter Vormundschaft stellen wollte. Aber, so rühmte die deutsche nationale Presse, wir haben Gott sei Dank noch Richter in Preußen, die Bescheid wissen, wie man einen Hohenzollern behandelt, und prompt ließen sie denn auch den Finanzminister mit seinem Antrag abruischen, Prinz Leopold konnte weiter über seine Einkünfte verfügen. Weil es einem Hohenzollern natürlich in Deutschland nicht gefallen kann, ging der Prinz nach Italien und hat in Lugano nach zwei Jahren 20 Millionen Mark durchgebracht.

Das erzürnt die deutsche Öffentlichkeit durch den deutschen nationalen „Berliner Lokalanzeiger“, nach dem zwischen der preussischen Regierung Stegerwald und dem Prinzen Friedrich Leopold ein Vergleichsvertrag zustande gekommen ist, wonach die Regierung sich verpflichtet hat, als Vorbehalt auf die Einnahme der von ihr beschlagnahmten Liegenschaften des Prinzen sämtliche Schulden des Prinzen, die dieser in Lugano gemacht hat, zu begleichen. Ausgenommen sind zwei Beträge von je 200 000 Frank, die als erste Hypotheken auf den beiden Villen stehen bleiben, die sich der notleidende Mann aus dem Hohenzollernhaus hat bauen lassen. Der bar zu zahlende Rest beträgt 1 400 000 Schweizer Frank. Mit den beiden obengenannten Beträgen betragen die Gesamtschulden Friedrich Leopolds 1 800 000 Schweizer Frank, das sind nach dem jetzigen Wertstand nahezu 20 Millionen Mark.

Dieses kleine Schuldensummen ist seit der Revolution angeammelt worden. Ein Zeichen, in welche Notlage die Hohenzollern durch die Revolution versetzt worden sind und mit welcher partamischer Einfachheit sie ihre Not ertragen. Während nach dem Zeugnis der rechtsstehenden Presse die deutschen Arbeiter prassen und schreien, hat sich Friedrich Leopold durch Hunger und Entbehrungen 20 Millionen Schulden „erspart“. Gut ab vor den Hohenzollern!

Das Echo in München.

Der Bayerische Landtag hat am Dienstag nachmittag mit der Besprechung der Interpellation über die Ermordung des unabhängigen Landtagsabgeordneten Gareis begonnen. Den Platz des Ermordeten in Sitzungssaal nimmt ein Vorbeizug mit roter Schleife. Bei Beginn der Sitzung waren alle Tribünen dicht besetzt. Am Ministerisch hatten der Ministerpräsident von Rahr und die übrigen Staatsminister Platz genommen.

Abg. Neumann (Unabh. Soz.) begründet die Interpellation. Er geht auf die Methode, Persönlichkeiten, die politisch auf einem andern Standpunkt stehen, durch Wort aus der Welt zu schaffen. Man sehe unter einer Diktatur, schwarzweißrot konstituiert, mit dem Galgenkreuz an der Fahne. In Wölfe jagt man, in dem Augenblick, in dem man gewisse Nachrichten gehört habe, daß der Mörder über die Grenze gekommen sei, habe man die Besetzung von 10 000 auf 30 000 Mark erhöht. Jetzt könne man sie ruhig auf 100 000 Mark erhöhen. Wenn die Dinge in Bayern weiter sich so zuspitzen, werde die Arbeiterbevölkerung, die die Gewalttaten beobachtet, getrieben, gleichfalls mit den Fäusten die Sicherheit ihrer Angehörigen und ihrer Vertreter zu wahren. Aber die Regierung möge sich überlegen, ob es erwünscht sei, daß von beiden Seiten im Wege der Gewalt die „Ordnung“ angestrebt werde.

Namens der Sozialdemokratie nahm zur Begründung der von dieser gestellten Anfrage der Abgeordnete Doktor Sänger das Wort. Er machte dem Justizminister den offenen Vorwurf, daß er noch allerlei Gesichtspunkte Recht sprechen lasse. Dem Ministerpräsidenten warf er vor, daß er oft genug die Versöhnung der Klassen und der Stände predige, wenn man aber an den Erfolgen seiner Politik aus der jüngsten Zeit

keine Theorien messe, dann müsse seine Fähigkeit vollkommen negativ bemerkt werden. Es könne auch nicht anders sein, denn der Ministerpräsident könne nicht mehr, wie er wolle, weil er in der Regierung nicht frei sei.

Nach diesen Reden wurde die Sitzung auf Mittwoch vor-mittag verlagert. Zum Wort gemeldet ist der Ministerpräsident von Rahr.

Das Grubenunglück von Herne.

Die schwere Explosion auf der Zeche Mont Cenis bei Herne, worüber wir schon kurz berichteten, stellt sich als eine der schwersten Grubenkatastrophen heraus, die in der Geschichte des Bergbaues bisher zu verzeichnen sind. Die Zahl der Todesopfer ist nach den letzten Feststellungen auf 83 gestiegen; unter den 75 Verletzten befinden sich 21, von denen man kaum hoffen kann, daß sie mit dem Leben davonkommen werden. Die Befürchtung, daß sich die Zahl der Opfer noch weiter vergrößern wird, erscheint leider gerechtfertigt.

Ueber das Unglück gibt die Grubenverwaltung folgende Darstellung: Auf der stiftlichen Abteilung zwischen der vierten und fünften Sohle der Bauabteilung des Schachtes 3 der Zeche Mont Cenis ereignete sich während der Frühstunde kurz vor Mittag eine starke Explosion; deren Ursache und Entstehung bis zur Stunde noch nicht bekannt sind. Die Explosion erfüllte das ganze betroffene Revier, insbesondere die Flöze „Gretchen“ und „Gustav“ mit giftigen Gasen, so daß eine große Anzahl von Knappen ihren Tod gefunden haben. Der Explosionsstoß war so heftig, daß er bis in den Hauptwetterstrom vordrang und von hier aus auch die benachbarten Reviere gefährdete. Die auf dieser Sohle sehr starke Wetterzufuhr verbrannte glücklicherweise die giftigen Gase so, daß hier nur eine Reihe von mehr oder weniger leichten Vergiftungen entstanden, doch sind auch hier zwei Todesfälle zu beklagen.

Noch ehe die Rettungsmannschaft zur Stelle sein konnte, bewährte sich die alle bergmännische Treue gegen die Kameraden in Not. Es gelang, aus dem Flöz „Gustav“ und aus dem im Bau befindlichen Strecken eine Reihe bewußtloser und verletzter Knappen lebend zu bergen. Leider sind bei den Rettungsarbeiten einige schwere Gasvergiftungen vorgekommen. Die sofort alarmierte Rettungsmannschaft war gleich zur Stelle. Sie begann mit der Bekämpfung der ausgebrochenen kleinen Brände und durchsuchte das Revier nach Verunglückten. Die auf den Alarm ebenfalls herbeigeeilten Rettungskolonnen der benachbarten Zechen betrieben ohne Rücksicht auf die großen Schwierigkeiten und die giftigen Gase mit größter Energie das Rettungswork.

Neuere Nachrichten über das Unglück besagen: Die Verluste, die durch die Schlagwetterkatastrophe auf der Zeche Mont Cenis entstanden sind, belaufen sich jetzt endgültig auf 84 Tote und 72 Verletzte, von denen 26 schwer verletzt sind. Sämtliche Verunglückten sind geborgen. Es besteht aber die Möglichkeit, daß weitere Verletzte, die in den Krankenhäusern der Umgegend daniederliegen, ihren schweren Verletzungen erliegen werden, so daß sich die Zahl der Toten noch erhöhen könnte. Die Befreiung des Unglücksortes durch die Bergbehörde hat noch keine endgültige Aufklärung über die Entstehung der Grubenkatastrophe gebracht. Zwei Kommissare des Handelsministeriums haben sich nach dem Schauplatz der Katastrophe begeben. Es wird von unabhängiger Seite erklärt, daß alle Sicherheitsmaßregeln getroffen waren, und daß insbesondere die Grubenarbeiter seit zwei Monaten mit der elektrischen Grubenlampe ausgestattet waren. Die Zeche Mont Cenis ist seit 1874 in Betrieb. Es ist das erste Mal, daß die Zeche von einem größern Unglück heimgesucht wurde.

Notizen.

Die Waffensunde in Thüringen. Im Zusammenhang mit dem großen Munitions- und Waffensund bei Gera-Ronneburg wurden zwei unabhängige Gemeinderatsmitglieder in Langen-Weßendorf, der Dachdecker Wegener und der Bildhauer Rabold, verhaftet.

300 Millionen Mark für die Siedlung in Preußen. Das preussische Staatsministerium hat einem vom Landwirtschaftsminister vorgelegten Gesetzentwurf über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Förderung der Ansiedlung im Gesamtbetrag von 300 Millionen Mark zugestimmt. Ein Teil dieser Mittel kann zur Beteiligung des Staates mit Stammeinlagen bei gemeinnützigen Siedlungskolonien verwendet werden, der übrige durch Gewährung von Zwischkrediten.

Betriebsratwahlen bei der Eisenbahn. Die im Bezirk Halle stattgefundenen Eisenbahn-Betriebsratwahlen endeten mit einem Siege der freien Gewerkschaften. Der Deutsche Eisenbahnerverband vereinigte 23 000 Stimmen auf sich, während der christlich-sozialen Allgemeinen Eisenbahnerverband nur 6000 Stimmen erhielt. In Halle selbst betrug die Wahlbeteiligung 81 Prozent. Der Deutsche Eisenbahnerverband erhielt von 15 Sitzen des Betriebsrats 13.

Nicht nach Moskau. Nach einer Habasmeldung aus Straßburg haben die Delegierten der Gewerkschaften von Eläß den Anschlag an die Internationale von Moskau mit 50 gegen 44 Stimmen abgelehnt.

Sozialdemokratischer Wahlsieg in Kärnten. Die Wahlen zum Nationalrat und Landtag haben am letzten Sonntag stattgefunden. Die Sozialdemokratie erlangte die höchste Stimmzahl, nämlich rund 60 000. Der Bauernbund erhielt 28 000, die Christlich-sozialen 26 000 und die Großdeutschen 16 000 Stimmen. Die Kommunisten brachten es nur auf 720 Stimmen. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß die slowenischen Nationalisten nur 9000 Stimmen erhielten, während bei der Volksabstimmung im Oktober 1920 im Abstimmungsgebiet 15 000 Stimmen für sie abgegeben wurden. Die Wahlbeteiligung betrug 65 Prozent.

Das neue österreichische Kabinett. Die Nationalversammlung hat mit 98 Stimmen der Christlich-sozialen und Großdeutschen gegen 62 Stimmen der Sozialdemokraten die neue Regierung gewählt. Der neue Bundeskanzler Schöber erklärte im eignen sowie im Namen der andern Mitglieder der neuen Regierung, die Wahl anzunehmen. Das Kabinett Schöber setzt sich aus Beamten zusammen. Es ist der letzte Versuch, den Bedingungen der Entente zu genügen.

Reaktionäre Attentate in Barcelona. In Barcelona wurden am Montag an verschiedenen Stellen der Stadt Attentate verübt. Drei Personen wurden getötet, darunter der Sekretär des Allgemeinen Arbeitsbundes Cuelo, der innerhalb der Gewerkschaften, deren Hauptorganisator er war, eine große Rolle spielte. Das Attentat auf Cuelo erfolgte in dem Augenblick, als er aus einer längeren Untersuchungshaft entlassen wurde. Ein andres Opfer gehört dem Vollzugsausschuss der Gewerkschaft der Bauarbeiter an. Als der Oberbürgermeister von Barcelona sich nach dem Stadthaus begab, wurden von vier Personen Revolverkugeln gegen sein Auto abgefeuert. Der Oberbürgermeister erhielt eine Kugel in die Seite, ohne aber schwer verwundet zu werden.

Das neue norwegische Ministerium. Die norwegische Ministerkriste ist gelöst. Ein Ministerium der Linken hat nach dem Sturze der Regierung der Rechten das Staatsruhr ergriffen. (Schluß des redaktionellen Teils.)


Färboi das Anfarbmittel für alle farbigen — Schokolade
ist in „Friedensqualität 1921“ wieder in allen Drogerien, Lederhandlungen u. Schuhgeschäften zu haben.
Generalvertrieb: **Fritz Hechtenberg**, Bahnhofstraße 52.

WOHNUNGSTAUSCH

im Internationalen Möbeltransport-Verband
E. G. m. b. H.

Alleinvertreter für Magdeburg:
Friedrich Eckstein
Magdeburg, Kaiserstraße 67, Telephon 879

Reichhaltiges Adressenmaterial. Auskunft kostenlos.
Ausgabestelle und Vertrieb des amtlichen Wohnungsanzeigers für das Deutsche Reich.
1630



Wir bringen

dem Magdeburger Publikum mit unster Spielfolge
ab morgen etwas ganz Außergewöhnliches. Es ist uns
gelingen, die gigantische Filmschöpfung

Ut mine Stromtid

nach Fritz Reuter

zur Erstaufführung zu erwerben. Unsere geehrten Besucher werden uns hierfür Dank wissen. Als Staatsverbrecher wegen revolutionärer Umtriebe zum Tode verurteilt und dann zu lebenslanglichem Zuchthaus begnadigt, schrieb in der Gefängniszelle der berühmte plattdeutsche Dichter dieses, sein bestes Werk, welches durch das wunderbare Filmwerk in prächtigen, durchaus naturgetreuen Bildern verkörpert wird. Herzerhebend, herzerquickend wirkt diese wunderbare Schöpfung Fritz Reuters im Film auf uns ein. Alles an ihr ist Kunst, echte, wahre Kunst, die auch den grimmigsten Gegner des Kinos zu einem begeisterten Freunde desselben machen muß. Ein Werk von unergleichlicher, wichtiger Schönheit, meisterhaft gespielt und glänzend ausgestattet. Ein bereites Zeugnis dafür, daß auch der Film wahre Kunst zu bieten vermag. Die Kritik sagt über die Darstellung: „Auf der Darstellerliste rangieren eine derartig große Anzahl bekannter Namen, daß es beim besten Willen nicht möglich ist, jede einzelne der durchwegs guten Leistungen unter die kritische Lupe zu nehmen. Ganz vorzüglich sind Reinhold Schünzel, Diegelmann und Eduard v. Winterstein.“

Sirkus-Lichtspiele.

Konzerthaus
Leipziger Straße 62.

Dienstag den 28. und
Donnerstag den 30.
Juni, abends 8 Uhr

2 grosse 2 Gast-Konzerte

von
Johann Strauß
vormals 1. Kapellmeister in Wien,
Erster Abend:
Der Walzerkönig u. seine Zeit
Zweiter Abend:
Die Operette von einst u. jetzt

Karten bei Heinrichshofen von 9 bis 1 Uhr
und 3 bis 5 Uhr für Konzerte Mark 4.75,
Abendkasse Mark 1.25 Zuschlag.

Die Konzerte finden bestimmt statt,
bei ungünstiger Witterung im Saale.

Leder-Ausschnitt Für Händler!

Filz-Unternäh- und Einlegesohlen
empfiehlt 1630

Gust. Hoffmeister, Prälatenstr. 21

Billigen Schuh wegen
Aufgabe dieses Geschäfts
unter Einkauf 1648

Wolff Reble
Himmelfahrtstraße 68.

Blutreinigungs- Gold-, Platin-Bruch und Silbergegenstände alte Gebisse

Kuren werden in letzter Zeit
gern vorgenommen. Geeignete Mittel
aus Tee, Essenz, Pillen empfiehlt die

Hofapotheke, Breiteweg 158

Brillanten, goldene Ohren,
ketten, Ringe, Zahngold und
faust freng teill und
höchstzählend 1165
Bismarckstr. 7, pt.
2 Minuten vom Dom.

Der Dreher als Rechner

Wechselräder, Tonen-, Zeit- und Kausberechnung
in einfachster und anschaulichster Darstellung. Darum
zum Selbstunterricht wirklich geeignet, von E. Wulf

Preis gebunden Mark 20.00

liest an

Buchhandlung Volksstimme

Für Händler und Hausierer

geeignete Stoffe haben abzugeben. 1837

Bedarfs-Gesellschaft m. b. H.
Regierungstraße 14
direkt am Seepark direkt am Seepark

Feiner Tisch- u. Krankenwein

Prima Weißbierwein pro Flasche inkl. Glas u. Stempel
2l. 11.20, bei 10 u. mehr Flaschen pro Flasche 10.70,
10l. vom Fass inkl. Stempel, ohne Glas, pro Liter 10.50.

Hermann Wagner, Weg 178, gegenüber d. Postamt
Reuter u. Lager Regimenter Str. 45, gegenüber d. Petrikirche

Ein Hermaulhanden mit doppelter Tasche

33.00

Gesundheits-Oberhemden mit großen Halsweiten,
Seidenschnur, und Statistiken für Damenwäsche,
sehr preiswert, eingetroffen

Seitstr. 11
Rein Ecken

Ganz hervorragend im Geschmack ist

Heringsalat in H. Mohannide Preis 6 Mk.
Heringsalat in H. Müllerer Preis 4 Mk.

in der Petrikirche, Bismarckstraße 10, in der Ecke, Petrikirche,
Sonder- und Gerichte. Alle Gerichte
eigen und köstliche. Köstliche, feine
Sondergerichte, Sonder- und Gerichte, Petrikirche, etc.
gegenüber der Petrikirche. 1713

E. J. Schulz & Co. Heringsalat
Magdeburger Heringsalatsfabrik, Schlegelstr. 7824.

Wichtig für jeden Volkswirtschaftler

Die deutsche Volkswirtschaft

Die Einführung von Georg Brauns
und Robert Schmidt

Sch. Preis 12 Mk. Pariserbuchhandlung
Buchhandl. Volksstimme, Or. Mühlstraße 3.

Achtung!

Durch Besatz koste ich einen großen Posten
Herren-Anzüge
sehr preiswert und jede dieselben, jetzt
Rarität trägt, in 2 Serien zum Verkauf

Seite 1	Seite 2
295.-	345.-

J. Sorger
Spezialhaus für Herren- u. Damen-Garderobe

ZENTRAL- THEATER

135 Täglich 7 Uhr

Ein Walzertraum

Premieren-Besetzung!

Bunte Bühne Restaurant.

Täglich 8 Uhr

Das brillante Juni-Programm!

Terrasse

Täglich

Künstler- Konzerte

bei
Geleitabelle Schumann
4 Uhr, 8 Uhr.



Zirkus-Lichtspiele.

Nur noch heute
Die Sensation:
**Der Mann
im Dunkel**

In der Nacht
1. Akt - Lustspiel.

Der 70. Geburtstag
Gestecke in 2 Akten mit
Gerhard Danzmann
Hansi Degg

Beginn der Vorstellungen:
Wochen tags 8 Uhr,
Sonntags 3 Uhr,
Abendvorstellung 8 Uhr.

Hofjäger

Täglich abends 7.30 Uhr
die berühmten Leipziger

Fritz-Weber- Sänger

Das 6. vollständig neue
Reichsprogramm
bringt u. a. die beiden
besten Baritone

Der
Kart Geheimrat
und
**Krätscher als
Hauptmann**

Jeden Abend der voll-
ständig neue Geleit

Secretariat bei E. G.
Bismarckstr. 11, Ecke Königshof.

Sonntag
nachmittags 4 Uhr
**Großes
Kaffee-Konzert**
unter Mitwirkung der
- Kapelle 1731
Fritz-Weber-Sänger

Grampian- Reparaturen

Reparaturen
Reparaturen
Reparaturen

Städtische Theater.

Donnerstag den 23. Juni
Stadt-Theater.

Zum 1. Male
Operettenneubelt
Infognito
anf. 7 Uhr. Ende nach 10 Uhr.

Die Bestimmungen betr.
Neuauflage der Aushang-
karten für die Spielzeit
1921/22 werden in der
Sonntags-Ausgabe vom
26. Juni bekanntgegeben.

Vittoria-Theater.

Der Schlagbaum.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Jugendparten sind an der Kasse
des Stadttheaters erhältlich.
Vorverkauf von Eintrittskarten
durch den Verkehrsverein.

Fürstehof- Prunkaal.

7 1/2 Uhr:

Der wundervolle Varieté-Spielplan

Freitag, Volkstheater.

Fürstehof-Sammel

23 7 1/2 Uhr:

KONZERT

mit Kurt Bienensteins
Barock-Orchester

Hofjäger

Täglich abends 7.30 Uhr
die berühmten Leipziger

Fritz-Weber- Sänger

Das 6. vollständig neue
Reichsprogramm
bringt u. a. die beiden
besten Baritone

Der
Kart Geheimrat
und
**Krätscher als
Hauptmann**

Jeden Abend der voll-
ständig neue Geleit

Secretariat bei E. G.
Bismarckstr. 11, Ecke Königshof.

Sonntag
nachmittags 4 Uhr
**Großes
Kaffee-Konzert**
unter Mitwirkung der
- Kapelle 1731
Fritz-Weber-Sänger

Stephanshallen

Leipziger Volkstheater.

2 Wappen

Schwarz in 4 Akten von
Bismarck u. K. A. von
Juni den 2. u. 3. Akte
Wagere Pause.
anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Erleichterungen aller Art
für eigene Familien

Lichtspielhaus Panorama.

Heute letzter Tag
Der wundervolle Hoch-
landfilm

Der letzte Schuß

von Franz Seis.
7 Akte. 7 Akte.

Das schönste Hochland-
Drama, welches bis jetzt
gezeigt wurde. 160

Die neueste Meisterwoche

Paalchen Heldemann
in
**Wenn einer eine
Reise tut, . . . !**

Erstspiel in 3 Akten.

Beginn der Vorstellung:
Bisontags 3 1/2 Uhr,
Sonntags 3 Uhr.

Kammer- Lichtspiele

Heute letzter Tag
**Die Flucht
durch Klammern**

Schicksalstragödie einer
Berühmten in 6 Akten.
Großes Gesellschafts- und
Stückbrenn.

**Grit Hegesa
Ethel Drff**
in
**Wiß Sarah
Gumpson**

Erstspiel in 5 Akten

Kaufung der Vorstellungen:
Bisontags 3 1/2 Uhr,
Sonntags 3 Uhr. — 166

Stephanshallen

Leipziger Volkstheater.

2 Wappen

Schwarz in 4 Akten von
Bismarck u. K. A. von
Juni den 2. u. 3. Akte
Wagere Pause.
anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Erleichterungen aller Art
für eigene Familien

Stephanshallen

Leipziger Volkstheater.

2 Wappen

Schwarz in 4 Akten von
Bismarck u. K. A. von
Juni den 2. u. 3. Akte
Wagere Pause.
anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Erleichterungen aller Art
für eigene Familien

Wilhelma

Lübecker Straße 129.

Spezialauschank
der Aktien-Bräuerel Neustadt-Magdeburg.

Jeden Donnerstag und Sonntag
Gartenkonzert.
Bei ungünstigen Wetter im Saale.

In einigen Sonnabenden und Sonntagen ist
der Prunkaal mit Garten zur Abhaltung
von Sommerfesten zu vergeben.
Bereitszimmer mit Klavier sind noch an
einigen Wochentagen frei. 1726

Die romantischen Gestrümpfen sind geöffnet.

Reichshalle

Rich. Joppich Kaiserstr. 18/19

Jeden Dienstag, Donnerstag, Frei-
tag u. Sonntag nachm. u. abends

Konzert

ausgef. v. Magdeburg. Künstlern

Zentralverband der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufe Deutschlands

Mitgliedschaft Magdeburg.

Inser

Sommerfest

findet
Sonnabend den 25. Juni 1921,
von nachmittags 5 Uhr an
im Luisenpark, Spielgartenstraße Nr. 10, statt.

Wir bitten um zahlreiche Beteiligung seitens
der Mitglieder und deren Gäste.
1674 Das Festkomitee.

Hohenzollernpark

Heute Donnerstag den 23. Juni,
abends 8 Uhr

Blinden-Konzert

Friedrich-Wilhelms-Garten.

Heute

Großes Militär-Konzert

Personliche Leitung Herr Obermusikmeister G. Heiser.

Stadt Loburg

Heute Donnerstag

Garten-Konzert

Bei ungünstigen Wetter im Café 1721

Berechnung tatsächlich höhere Renten als der beabsichtigte Mindestbetrag ergibt. An einen Abbau der Zulagen und Beiträge der bisher bewilligten Renten dürfte man nicht denken. Die Entschärfung der Gewerbesteuerpflichten müsse auf die Unfallversicherung übertragen werden, was eine Entlastung der Unfallversicherung bringe. Redner trat dann noch für Ausgestaltung des Selbstverwaltungswesens der Landesversicherungsanstalten, besonders für die Mitwirkung der Versicherten ein. In dem Notgesetz müssen entsprechende Bestimmungen getroffen werden. Aus eigener Entscheidung haben die Landesversicherungsanstalten im Sinne der Demokratisierung der Verwaltung so gut wie nichts getan.

Eine ganze Reihe anderer Redner entwickelte dann noch ihre Ansichten über den Entwurf. Auch das Eingangsverfahren kam zur Sprache, besonders der Vorschlag auf Eingehung der Unfallversicherungsbeiträge durch die Krankenkassen, von dem die Landesversicherungsanstalten wegen der Kosten nicht viel wissen wollen. Eine schwebende Gesetzesänderung will das Eingangsverfahren dadurch einschränken, daß es in den einzelnen Bezirken von der Zustimmung der Landesversicherungsanstalten abhängig ist. Verlangt wurde auch die Befreiung des Mindestalters von 16 Jahren für den Eintritt der Versicherungspflicht. Mehrere Redner bemängeln die Haltung der Landesversicherungsanstalt Berlin, die das Heilverfahren einführen will.

Von Versicherungsvertretern wurde ausgeführt, daß die Arbeiter von diesen Veränderungen nicht erbaute sein wird, da sie nur neue Lasten, aber keine Verbesserungen der Kürzungen bringen. Die Arbeitnehmervertreter stellen deshalb den Antrag auf Verdopplung der Kinderzulagen an die Unfallrentenempfänger. Dieser Antrag wurde aber von den beamteten, besonders eingetragenen Vorstandsmitgliedern der Versicherungsanstalten bekämpft.

Die Aussprache ergab schließlich die Uebereinstimmung der Versammlung mit den Vorschlägen des Genossen Kleis bezüglich der Abschaffung einer Uebereinstimmung der Lohnklassen in der Unfallversicherung und in der Krankenversicherung, ferner das Einverständnis mit der Zusammenlegung der Angehörigen mit der Unfallversicherung sowie mit der Erhöhung der Kinderzulagen usw., wenn dies versicherungsmathematisch möglich ist. Das Material soll dem Reichsarbeitsministerium übergeben werden. Darauf wurde noch die von der Regierung beabsichtigte Ausdehnung der Unfallversicherungspflicht auf die Hausgewerbetreibenden beraten. Man stimmte einmütig dem Plane zu. Der Reichsarbeitsminister soll die Versicherungspflicht auch auf kleine selbstständige Gewerbetreibende erstrecken können.

An die jungen Parteigenossinnen!

Zu der Frauenkonferenz des Bezirksverbandes Magdeburg-Anhalt, die am Sonntag den 26. Juni, vormittags pünktlich 10 Uhr, im Rathaus zu Magdeburg (Stadtverordneten-Sitzungsraum) stattfindet, sind besonders auch die weiblichen Mitglieder der Jungsozialistengruppen der S. P. D. eingeladen. Ferner wird Wert darauf gelegt, daß auch die Helferinnen der Arbeiterjugendvereine erscheinen. Die Verhandlungen auf der Frauenkonferenz werden sehr viel Einzelheiten bringen, die auch für die Tätigkeit der besten genannten Gruppen von Bedeutung sind. So werden z. B. neben vielen anderen die Fragen der Jugendfürsorge und die zukünftigen Verufe unserer Frauen und Mädchen behandelt werden. Gerade diese Beratungsgegenstände verdienen die vollste Aufmerksamkeit der jungen Parteigenossinnen.

Vorherige Anmeldung zur Konferenz ist erwünscht.

Bezirksausführung für Arbeiterwohlfahrt
Magdeburg, Große Münzstraße 3 II.

Der Arbeitsmarkt im Mai.

Das Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt berichtet: Im Mai, vor allem in seinem letzten Viertel, war im allgemeinen eine geringe Besserung der Arbeitsmarktlage zu verzeichnen. Diese Erscheinung ist der Jahreszeit entsprechend, so daß daraus nicht ohne weiteres eine Belebung des Arbeitsmarktes gefolgert werden darf. Die Zahl der unterrichteten Erwerbslosen betrug am Schlusse des Monats 7906 (7032); davon entfielen auf den Regierungsbezirk Magdeburg 4788 (4761), auf Merseburg 1750 (930), auf Erfurt 1204 (1162) und auf Anhalt 184 (179). Die Erhöhung der Erwerbslosenziffer ist überwiegend auf die Aussperrung der Bauarbeiter im mitteldeutschen Industriegebiet zurückzuführen. In der Landwirtschaft war der Bedarf an ledigen Anechten und Mägden in der ersten Hälfte des Monats verhältnismäßig nicht groß. Nach Pfingsten setzte die Feldarbeit jedoch in vollem Umfang und damit eine starke Nachfrage nach ledigen Kräftigen ein. Die Wanderarbeiterinnen-Transporte ließen hinsichtlich der Stärke sehr zu wünschen übrig. Sehr spürbar machte sich der Mangel an weiblichem Dienstpersonal.

Die Lage im Bergbau, besonders im Kalibergbau, verschlechterte sich dauernd. Die Industrie der Steine und Erden, vor allem die Ziegeleien, war weiter gut mit Aufträgen versehen. Die schlechte Lage in der Metallindustrie hielt an. Die chemische Industrie zeigte kein einheitliches Bild. Die Leunawerke stellten weiter eine erhebliche Anzahl von Arbeitern ein. Ferner fanden in der Fabrik Wolfen, bei der große Aufträge vorliegen, zahlreiche weibliche und männliche Arbeitskräfte Aufnahme. Ueber die Textilindustrie ist nichts Wesentliches zu berichten. Die Lage in der Papierindustrie hat sich im allgemeinen im Laufe des Monats etwas gebessert; in der Lederindustrie war sie dagegen nicht günstig. Eine allgemeine günstige Beurteilung der Holzindustrie ist nicht möglich.

Das Nahrungsmittelgewerbe zeigte eine ganz leichte Besserung. Der Geschäftslauf im Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe war günstig. Im Baugewerbe waren die Verhältnisse sehr gut. Der Bedarf an Maurern konnte bei weitem nicht gedeckt werden. Auch an Malern herrschte großer Mangel. Die Ansichten im graphischen Gewerbe waren weiterhin sehr ungünstig; auch in den kaufmännischen und technischen Berufen war die Beschäftigungsmöglichkeit nach wie vor schlecht. Im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe war die Vermittlungstätigkeit infolge des günstigen Wetters gut. Das Schiffsahrtsgewerbe hatte über Ladungsmangel zu klagen. Der Bedarf an Hauspersonal war unverändert groß; er überstieg das Angebot bei weitem. Die Tätigkeit in der Lehrstellenvermittlung war schwach. Die Nachfrage nach weiblichen Kochkräften für Gaststätten in den Großhotels konnte nicht gedeckt werden.

Kreis Wanzleben.

Alt-Ottleben, 22. Juni. (Arbeiterjugend.) Am Donnerstag den 23. Juni, abends 8 Uhr, spricht bei Spitze Jugendgenossin Danke über Sitten und Gebräuche im Wandel des Jahrhunderts. Erscheinen aller ist Pflicht.

Kreis Jericho 1 und 2.

Süden, 22. Juni. (Die Mitglieder-Versammlung) des Sozialdemokratischen Volksvereins zeigte nur einen schwachen Besuch. Wenn auch die Arbeit die größte Zeit in Anspruch nimmt, so muß es doch jeder als seine Pflicht betrachten, die wenigen Versammlungen im Sommer zu besuchen. Den Bericht über die Meißner gab Genosse Böwe. Genosse Rüdiger gab einen Ueberblick über die Arbeiterjugendbewegung. Am 10. Juli soll eine Arbeiterversammlung, die durch Volksstärkung und Reigenaufführungen ausgestattet werden soll, stattfinden, um der Jugend die Ziele der Bewegung zu zeigen, um auf diesem Wege zur Gründung eines Jugendbundes

zu kommen. Jeder Genosse muß dafür eintreten und agitieren. Die Jugend ist unsere Zukunft. Genosse Lodenberg erstattete eingehenden Bericht über die Landesbergräberkonferenz und ging dann zur Schilderung der politischen Lage über. Auf Nordbahren hinweisend, forderte er festes, einigiges Zusammenstehen der gesamten Arbeiterschaft. Landbund und Ortschaft sowie die ihnen verwandten Arbeitervereine, wie ein solcher auch jetzt unter Führung bekannter Reaktionskräfte in Redlich sich gebildet hat, müssen scharf beobachtet werden. Mögen die Nachkommen die Vorkämpfer unserer Genossen in der Regierung auch mit Schmach bewehren und ihnen die Schulden an den zu erwartenden Steuern, kein Arbeiter glauben; denn gerade die Rechtsparteien sind es, die alle Steuerentlastungen, die den Besitz erfassen, zu Falle bringen und die Lasten auf die Arbeiter und Beamten abwälzen. Darum darf kein Arbeiter mehr die Rechtsparteien unterstützen. Der „General-Anzeiger“, der gerade in den letzten Tagen so gehässig gegen die Arbeiterschaft schrieb, muß endlich aus den Arbeiterwohnungen verschwinden und dafür muß die „Volksstimme“ gelesen werden, die stets für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung eintritt.

Burg, 22. Juni. (Die Hausbesitzer) rüsten zum Abwehrkampf. In der letzten Stadtratsversammlung stand u. a. ein Antrag auf Erhöhung der Grund- und Gebäudesteuer auf der Tagesordnung. Dieser wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt. Nun taucht er wieder in ähnlicher Form auf der Tagesordnung der am Donnerstag stattfindenden Stadtratsversammlung auf, und das veranlaßt die Hausbesitzer, dagegen Front zu machen. Sie befürchten eine neue schwere Belastung des Hausbesitzes und bezufen für Mittwoch eine Protestversammlung nach dem „Konzerthaus“ ein, allerdings nur für die dem Hausbesitzerverein angeschlossenen Hausbesitzer. Ob ihnen dieser Protest etwas nützen wird, ist noch fraglich, denn es können sich die Verhältnisse bei dieser Frage stärker erweisen als die Wünsche der in Betracht kommenden. Wenn die Stadt nicht Bankrott machen will, so müssen neue Steuerquellen erschlossen werden. Da helfen keine Erhöhungen der Mahn- und Pfändungsgebühren, wie sie in einer Bekanntmachung des Magistrats angeordnet worden, sondern es müssen Mittel und Wege gefunden werden, größere Summen flüssig zu machen. Ob man der jetzt beschrittenen Weg dazu führen wird, muß sich erst zeigen. Es ist möglich, daß er an dem gescheitert. Widerstand der Hausbesitzer und Mieter scheitert, weil beide Teile gleich schwer getroffen werden durch die in Aussicht genommene Besteuerung der Gebäude und des Grund und Bodens. Eine schwer zu treffende Entscheidung harzt da unter Stadtbürgern; heftigsten treffen sie das Richtige. — Gestört wurden am Abend einbrecher, die beim Gastwirt Niebold, Bahnhofstraße 12, in der Nacht zum 17. d. M. ihre Tätigkeit entfalten wollten. Das Vorhängefenster eines Stalles, in dem sich drei Ziegen befanden, war bereits erbrochen, als die Täter scheinbar verschüchelt wurden. — Gestohlen wurde der Radfahrer Herbig, Bahnhofstraße 8, eine Anzahl Bekleidungsgegenstände im Werte von 400 Mark, und auf dem Berlin-Burger Eisenwerk von zwei Männern eine Menge Messingteile, die sie bei sich führten. Die Diebe wurden zur Anzeige gebracht.

Alt-Wensdorf, 22. Juni. (Ein Lehrer, wie er nicht sein soll.) Ueber die Grenzen seines Pädagogerechts scheint sich der Lehrer Sch. noch nicht klar zu sein. Er begnügt sich nicht mit dem Gebrauch des Stockes, sondern bekommt es fertig, als Pädagog die Kinder mit dem Kopf auf die Bank zu stoßen. Er schickt auch Kinder, die er nicht mehr unterrichten will, einfach nach Haus. Unsere Genossen im Schulvorstand müssen diesem Lehrer, dessen Verhalten beim Rapp-Busch die Arbeiterschaft nicht vergessen hat, ordentlich auf die Finger zeigen.

Genhlin, 22. Juni. (Eine wichtige Parteiversammlung) findet am Sonntag den 26. Juni, abends 8 Uhr, in Memes' Gesellschaftszimmer statt. Unter anderem wird die Berichterstattung von der Parteikonferenz gegeben.

Loburg, 22. Juni. (Kreisverbandstag der Kriegsoffer.) Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerverwundeten hielt in Loburg eine Kreisversammlung ab. 19 Ortsgruppen waren durch 49 Delegierte vertreten. Der Bürgermeister und der Leiter des Kreiswohlfahrtsamtes waren als Gäste erschienen. Der Vorsitzende Giese (Burg) gab einen Überblick über die Tätigkeit und Entwicklung des Reichsbundes im Kreise Jericho 1. Es bestehen im Kreise 22 Ortsgruppen mit 1692 Mitgliedern. Der Vertreter des Gauverbandes, Tramp (Magdeburg), hielt einen Vortrag über die Auswirkung des Reichsverjüngungsgesetzes und über das Programm des Reichsbundes. Eine scharfe Kritik richtete sich gegen die Verjüngungsbehörden wegen der Verzögerung der Rentenumanerkennung nach dem neuen Reichsverjüngungsgesetz. Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen und dem Verjüngungsamt Burg dem Hauptverjüngungsamt Magdeburg, dem Bundesvorstand zur Weiterreichung an das Reichsarbeitsministerium überfandt:

Die heutige Kreisversammlung des Reichsbundes beurteilt scharfsteins die schleppende Erledigung der Anerkennung der Renten nach dem Reichsverjüngungsgesetz durch die Verjüngungsbehörden. Die Not der Kriegsoffer wächst tagtäglich und äußert sich besonders in jener ungeheuren Zahl von Unterstützungsanträgen, die täglich bei den örtlichen Fürsorgestellen eingehen. Angesichts dieser Notlage wird die langsame Bearbeitung der Verjüngungsangelegenheiten durch das Reichsarbeitsministerium garabesu probierend. Die Konferenz erwartet deshalb vom Bundesvorstand energische Schritte zu zuständiger Stelle und die Bearbeitung der Presse, da sonst die Gauen, Bezirke und Ortsgruppen zur Selbsthilfe greifen müssen.

Der Kreisverband wurde einstimmig wiedergewählt. Mit der Aufforderung zur eifrigen Arbeit für den Reichsbund wurde die Konferenz geschlossen. Anmeldungen von Kriegsoffizieren, die der Organisation noch fern stehen, nimmt der Vorsitzende des Kreisverbandes, Franz Giese, Burg, Mittelstraße 5, entgegen.

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Althaldensleben, 22. Juni. (Die Mitgliederversammlung) des Sozialdemokratischen Vereins war leider nur schwach besucht. Den Säumigen und Launen muß wieder einmal gesagt werden, daß sie sich mehr um die Partei kümmern müssen, wenn für die arbeitende Bevölkerung etwas erreicht werden soll. Interesselosigkeit der Arbeiter führt zum Erstarken der Reaktion. Welche Folgen das hat, sieht man an Bayern. Das Andenken des in diesem „Ordnungsstaat“ von der Reaktion gemeuchelten unabhängigen Abgeordneten Gareis ehrt die Versammlung durch Erheben von den Plätzen. Dann beleuchtete Genosse Berni die Stellung unserer Partei zur Erweiterung der Regierung nach rechts. Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei ist eine Kette von Opfern, die sie im Interesse des Volkes gebracht hat. In der Politik darf das Wort „niemals“ keine Geltung haben. Mit der Mahnung, unsere Führern Vertrauen entgegenzubringen und fest und treu zusammenzuhalten in der politischen und wirtschaftlichen Organisation, schloß der Redner seinen Vortrag. Genosse Matthes erstattete darauf den Bericht von der Kreisversammlung, den Genosse Berni noch ergänzte. Dieser gab auch noch verschiedene statistische Erhebungen aus der Parteioorganisation bekannt, die allgemein interessierten. Außerdem wies er bei dieser Gelegenheit auf den behauerlichen Gegensatz zwischen Land- und Industriearbeiter hin, der in einigen Orten zutage getreten ist. Dieser unerfreuliche Zustand muß verschwinden, bevor er sich weiter vertieft. Jeder muß dazu beitragen, daß ein besseres Verhältnis der Arbeiterschaft zueinander Platz greift. — Eine Mieterversammlung findet heute Mittwoch abend 7 1/2 Uhr im Schulsaal statt, in der die Gründung eines Mietervereins vorgenommen werden soll. Der Vorsitzende des Mietervereins Neuhaldensleben, Döhlstein, hält

einen Vortrag. Die Mieter müssen sich im eigenen Interesse recht zahlreich in dieser Versammlung einfinden.

Sahlhorf, 22. Juni. (Die Pfingstfeier des Militarismus) sind die Prieger- und Landwehrvereine. Auch in unserm Orte haben sich die wühlmännischen Trübungen wieder einmal gezeigt, und zwar bei dem Fest des bürgerlichen Turnvereins, dem leider noch immer Arbeiter angehören. Es scheint aber mit ihrer Herrlichkeit nicht mehr weit her zu sein; früher konnten sie noch ganze Dorf in ihren Bann ziehen, heute nimmt die Mehrzahl der Einwohner kaum noch Notiz von ihnen. Bedauerlich aber ist es, daß es nach dem Weltkrieg noch Arbeiter gibt, die dem Geschrei der Säbelrassel folgen und hinter dem gezogenen Degen des Kommandeurs eines Monarchistenvereins herlaufen. Aufgestellte Arbeiter machen dieses Treiben nicht mit. Es wird Zeit, daß auch diejenigen Arbeiter, die noch in Landwehrvereinen sind, erkennen, wo die Fahrt hingehet, und daß sie endlich die Priegervereine unter sich lassen, auch wenn die Fahne eine andre Aufschrift erhalten hat. Der Geist ist derselbe geblieben; er ist nach wie vor reaktionär und richtet sich gegen die Sozialdemokratie. — In der Gemeindevertreterversammlung stand nun schon zum drittenmal die Anstellung eines Hauptlehrers auf der Tagesordnung. Der Antrag der Regierung wurde wieder abgelehnt. Unsere Genossen müssen erst wissen, welche Regelung die Lehrer unter sich getroffen haben. Die deutschnationalen Vertreter enthielten sich auch bei dieser Frage wieder der Stimme. Das Gehalt des Gemeindevorstehers wurde dem Antrag gemäß erhöht.

Kreis Kalbe.

Förderstedt, 22. Juni. (Wegen verführten Giftmordes) wurde der Arbeiter L. verhaftet. Nachdem er am Morgen Kaffee getrunken hatte, soll er in die gemeinsame Kaffeekanne Arsenik getan haben, um so seine Familie zu vergiften. Nach Genuß des Kaffees traten bei der Ehefrau und der Tochter sofort Erbrechen auf. Sie schloßten Verdadht und gingen sofort zum Arzt, der die Lebensgefahr beseitigte.

Ulmarsk.

Weserlugen, 22. Juni. (Der Dollar im Schatz.) Eine Witwe fand in ihrem Anteil an den vererbten amerikanischen Liebesgaben in einer kleinen Blechschachtel im Schmalz versteckt einen Silberdollar und ein Schreiben des Spenders, eines bayerischen Landmanns in Amerika.

Kreis Oschersleben-Halberstadt-Wernigerode.

Halberstadt, 22. Juni. (Das Ende einer Klatschbaise.) Eine Kaufmannsrau, die sich viel mit ihren lieben Nachbarn beschäftigte und es nicht bloß bei Klatschereien über die Hausbewohner bewenden ließ, sondern auch unangenehme Briefe und Karten an Mitbewohner schrieb, vergiftete sich mit Gas, als ihr Treiben zur Anzeige kommen sollte.

Generalversammlung der Maler und Weißbinder.

Die Generalversammlung der Maler ufm. tagte vom 18. bis 18. Juni im Volksbildungsheim in Frankfurt a. M. Sie war von 116 Delegierten und einer Reihe Gäste aus dem In- und Ausland besucht. In ihrem Geschäftsbericht betonte der Verbandsvorsitzende Streize (Hamburg), die Hauptaufgabe des Verbandes wäre gewesen, die Löhne in Stellung mit den geheizten Lebensverhältnissen zu bringen. Durch die auf general Grundlages gefällten Anordnungen sei es gelungen, die Löhne der Kollegen ganz wesentlich zu verbessern. Die Verhandlungen auf Sozialisierung im Baugewerbe habe der Verband unterstützt. Von den beschlossenen Einigungen in der Arbeiterbewegung sei auch der Malerverband nicht verschont geblieben. Der Bericht habe gegen 8 Stimmen die Bestätigung, die auf eine Verschärfung der Gewerkschaften hinwies und diese in das kommunistische Hochwasser treiben wollen, beantragt. Der Verband müsse parteipolitisch neutral sein.

Den Kassenbericht erstattete Geirich (Hamburg), der die Finanzverhältnisse des Verbandes als gute bezeichnete. Redakteur Mart (Hamburg) betonte in seinem Bericht, an der unbedingten Notwendigkeit der Geschlossenheit der Gewerkschaften dürfe kein Arbeiter mehr zweifeln. Es sei das Gebot der Stunde, für dieses Ziel einzutreten und alle Bestrebungen zu bekämpfen, die ihnen entgegenarbeiten.

Die Diskussion über diese Berichte verlief sachlich. Die Redner erklärten sich mit der allgemeinen Tätigkeit des Verbandes einverstanden. Kritik gelbt wurde am Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund. Dieser habe nichts getan für die Durchführung der 10 Punkte in der Arbeitslosenfrage. Auch in der Sozialisierungsfrage hätte der Bund mehr tun müssen. Die kommunistischen Redner wandten sich besonders gegen den Beschluß des Verbandes, in dem den Mitgliedern, die sich hinter die dritte Internationale stellen, mit einem eventuellen Ausschluß gedroht wird. Es sei ein Unfug zu verlangen, die Gewerkschaften sollten politisch neutral sein. Der Vertreter des A. d. G. B., Wissell (Berlin), wies die Vorwürfe gegen den Bund als unberechtigt zurück.

Dem Vorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt. Zur Arbeitsnachweisfrage nahm der Verbandstag eine Entschließung an, die ausspricht, daß der vorliegende Entwurf eines Arbeitsnachweisgesetzes den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft nicht entspricht. Der Vorstand wurde beauftragt, mit aller Entschiedenheit dafür zu wirken, daß bei Abfassen von Tarifverträgen die Forderung auf Gewährung von Ferien bewirkt wird.

Im dritten Verhandlungstag nahm der Verbandstag ein Referat des Landesgewerbearztes Dr. Kölsch (München) über die Reichsäden im Baugewerbe entgegen. Nach längerer Diskussion stimmte der Verbandstag einer Entschließung zu, in der das gesetzliche Verbot des Bleiweißes in der Heimindustrie und Aufnahmestellen gefordert wird. Ueber den Bauarbeiterstreik verbreitete sich hierauf Gustav Heine (Berlin). Er verlangte besonders die Anstellung von Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen. Den Hauptberaturungspunkt Die Aufgaben der Gewerkschaften in Gegenwart und Zukunft behandelte Streize (Hamburg). Er bezeichnete als Hauptaufgabe der Gewerkschaften, die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiter zu heben. Das Ziel sei, den Sozialismus zur Verwirklichung zu bringen. Der Kampf hierfür fordere den Zusammenbruch von Land- und Kopparbeitern. Gegenüber den Bestrebungen, die Gewerkschaften in das kommunistische Hochwasser hineinzutreiben, müsse die Generalversammlung aussprechen, daß sie hinter der Anterdamer Gewerkschaftsinternationale stehe. Mit 105 gegen 12 Stimmen nahm der Verbandstag in namentlicher Abstimmung eine Entschließung des Vorstandes an, die ausspricht, daß die Generalversammlung hinter der Anterdamer Gewerkschaftsinternationale stehe. Sie beurteilt alle parteipolitischen Bestrebungen, die die Gewerkschaften ihrer organisatorischen Selbständigkeit berauben, die politische Meinungsfreiheit ihrer Mitglieder unterbinden und Personen in für sachlich erkannte Methoden wirkenden Organisationen Einfluß verschaffen wollen.

Ueber „Zweck und Ziel der Sozialisierung des Baugewerbes“ hielt Johann Stöckmann (Berlin) einen sehr interessanten Vortrag. An das mit Beifall aufgenommene Referat schloß sich eine Aussprache in zumeist zustimmender Weise. Die Errichtung sozialer Baubetriebe wurde warm befürwortet. Nach einer sehr eingehenden Beratung der Frage „Gründung eines allgemeinen Baugewerkes“, in der einzelne Delegierte auch für eine allgemeine Arbeiterunion eintraten, stimmte der Verbandstag einer Erklärung zu, die sich

gegen die Errichtung sozialer Baubetriebe wandte. Die Errichtung sozialer Baubetriebe wurde warm befürwortet. Nach einer sehr eingehenden Beratung der Frage „Gründung eines allgemeinen Baugewerkes“, in der einzelne Delegierte auch für eine allgemeine Arbeiterunion eintraten, stimmte der Verbandstag einer Erklärung zu, die sich

gegen die Errichtung sozialer Baubetriebe wandte. Die Errichtung sozialer Baubetriebe wurde warm befürwortet. Nach einer sehr eingehenden Beratung der Frage „Gründung eines allgemeinen Baugewerkes“, in der einzelne Delegierte auch für eine allgemeine Arbeiterunion eintraten, stimmte der Verbandstag einer Erklärung zu, die sich

gegen die Errichtung sozialer Baubetriebe wandte. Die Errichtung sozialer Baubetriebe wurde warm befürwortet. Nach einer sehr eingehenden Beratung der Frage „Gründung eines allgemeinen Baugewerkes“, in der einzelne Delegierte auch für eine allgemeine Arbeiterunion eintraten, stimmte der Verbandstag einer Erklärung zu, die sich

gegen die Errichtung sozialer Baubetriebe wandte. Die Errichtung sozialer Baubetriebe wurde warm befürwortet. Nach einer sehr eingehenden Beratung der Frage „Gründung eines allgemeinen Baugewerkes“, in der einzelne Delegierte auch für eine allgemeine Arbeiterunion eintraten, stimmte der Verbandstag einer Erklärung zu, die sich

gegen die Errichtung sozialer Baubetriebe wandte. Die Errichtung sozialer Baubetriebe wurde warm befürwortet. Nach einer sehr eingehenden Beratung der Frage „Gründung eines allgemeinen Baugewerkes“, in der einzelne Delegierte auch für eine allgemeine Arbeiterunion eintraten, stimmte der Verbandstag einer Erklärung zu, die sich

gegen die Errichtung sozialer Baubetriebe wandte. Die Errichtung sozialer Baubetriebe wurde warm befürwortet. Nach einer sehr eingehenden Beratung der Frage „Gründung eines allgemeinen Baugewerkes“, in der einzelne Delegierte auch für eine allgemeine Arbeiterunion eintraten, stimmte der Verbandstag einer Erklärung zu, die sich

